

vorwärtsEXTRA



WAS IST DES STAATES?

In den Leitsätzen für ein neues Grundsatzprogramm nehmen die „öffentlichen Güter“ eine zentrale Stelle ein. In Kiel diskutierten Experten das Thema auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung. *Von Eckart Kuhlwein.*

Die Diskussion um das neue Grundsatzprogramm der SPD geht in ihre „heiße Phase“. Das hat die Friedrich-Ebert-Stiftung zum Anlass genommen, um Anfang Oktober in Kiel auf einem „Forum Soziale Demokratie“ die Frage zu diskutieren, welche „öffentlichen Güter“ auch in Zukunft von Bund, Ländern und Gemeinden zur Verfügung gestellt und „der Logik des Marktes entzogen und bedarfsorientiert ausgerichtet“ werden müssten.

Mit von der Partei waren Schleswig-Holsteins frühe-

rungen mit dem Staat – mit dem Kaiserreich, mit dem Nazi-Regime, mit der DDR. Es gebe eine deutsche Tradition des „Misstrauens“. Die werde jedoch durch „interessengeleitete“ neoliberale Propaganda verstärkt, wenn, wie in den USA, der „Minimalstaat“ gefordert werde, der sich aus der Gesellschaft weitgehend zurückziehen solle.

Hohe Erwartungen an den Staat

Gleichzeitig erwarteten die Deutschen vielfaches staatliches Handeln, Schutz, soziale Sicherheit und Ein-

ne gute Infrastruktur sei aber auch Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg.

Der Professor beklagte, dass in den vergangenen Jahren von Bund, Ländern und Gemeinden große Teile des Volksvermögens veräußert worden seien. Die Post müsse nicht zum „Global Player“ werden und das Netz der Deutschen Bahn solle nicht der Börse geopfert werden.

Bischof Knuth forderte eine „Globalisierung ethischer Normen“ und stellte



Professor Hans-Peter Bull: „Ohne Bürokratie geht es nicht.“

die „soziale Marktwirtschaft“ gegen einen ungesteuerten Marktradikalismus. Rainer Bock vertrat die Auffassung, viele bisherige Staatsauf-

gaben könnten von der privaten Wirtschaft kostengünstiger wahrgenommen werden. Jutta Blankau stellte die Effizienz privater Unternehmen in Frage. Sie meinte, dass es zwar Verdrossenheit über die Parteien gebe, aber gleichzeitig eine große Erwartungshaltung gegenüber dem Staat.

Bekenntnis zum Staat

Ralf Stegner wünschte sich ein „positives Bekenntnis zum Staat“, der eine qualitativ hochwertige Infrastruktur, eine gut funktionierende öffentliche Verwaltung und Rechtssicherheit biete. Die Hauptfrage sei eine vernünftige Steuerpolitik, mit der sich Bildung, soziale Sicherung, innere und äußere Sicherheit finanzieren lasse. Bildung sei eine wichtige Voraussetzung für Wohlstand. Stegner sprach sich gegen eine weitere Privatisierung der Lebensrisiken aus. ■



Innenminister Dr. Ralf Stegner und Rainer Bock, stellvertretender Geschäftsführer der Industrie und Handelskammer zu Kiel.

rer Innenminister Professor Hans Peter Bull, der gegenwärtige Innenminister Ralf Stegner und als Vertreter gesellschaftlicher Gruppen Jutta Blankau von der IG Metall, Bischof Christian Knuth und Rainer Bock von der IHK Kiel.

Hans Peter Bull, Buchautor von „Absage an den Staat?“, skizzierte historische Erfah-

griffe durch das Ordnungsrecht. Bull: „Ohne Bürokratie geht es nicht.“ Der Staat müsse Normen setzen und ihre Einhaltung überwachen.

Nach Bull gehören zu den Aufgaben des Staates auch Bildung, Gesundheit und die Sozialsysteme. Die Kosten des Sozialsystems seien „der Preis der Globalisierung“. Ei-

ZEHN JAHRE UMWELTFORUM

Anwalt der Umweltpolitik in der SPD Schleswig-Holstein.

Als vor zehn Jahren bei der Bildung der ersten rot-grünen Regierung in Schleswig-Holstein das Umweltministerium an den Koalitionspartner fiel, klagten die SPD-Umweltpolitiker im Lande nicht lange: Sie gründeten ein „umweltforum“, um die ökologische Kompetenz der Partei zu wahren und weiterzuentwickeln. Sie wollten „Anwalt der Umweltpolitik in der SPD“ sein.

An der Spitze der Bewegung standen Ulrike Mehl (die leider heute als Neu-Berlinerin nicht mehr mitmischen kann), Konrad Nabel als Sprecher im Landtag und Eckart Kuhlwein als „One-Dollar-Geschäftsführer“.

Das „ufo“ arbeitet noch heute. Als Informationsbörse für umweltinteressierte Mitglieder, als Impulsgeber für Nachhaltigkeit und Ökologie in der Landespartei, durch Anträge zu Landesparteitagen. Die jüngste Initiative: Ein Antrag an den Landesparteitag, den Koalitionskompromiss



zum Landesnaturschutzgesetz bei den Beratungen im Parlament noch zu verbessern. Nabel und Kuhlwein

sind weiter dabei. Und der Landesvorstand ist in der „Lenkungsgruppe“ durch Stefan Bolln vertreten. Im übrigen sind dort SPD-Mitglieder mit besonderen Erfahrungen in der Umweltpolitik ständige Gäste.

Für 2007 hat sich das „ufo“ viel vorgenommen: Vor der Kommunalwahl soll auch die Umwelt- und Naturschutzpolitik in Kreisen und Gemeinden stärker ins Bewusstsein gerückt werden. Öffentliche Veranstaltungen werden sich darüber hinaus mit der „grünen Gentechnik“, mit der Biomassenutzung und mit der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ beschäftigen. (ek)

Anfragen an: Eckart Kuhlwein, eckart.kuhlwein@freenet.de ■

REGIONALE ABEND-SCHULUNGEN (FORTFÜHRUNG)

Zielgruppe: Interessierte an Kommunalpolitik. Inhalt: Fraktion – was ist das eigentlich? Gemeinde–Stadt–kreisfreie Stadt? Die Verwaltung, das unbekannte Wesen!
Termine und Orte, jeweils von 19 bis 22 Uhr:

REGION SÜDOST

Bad Oldesloe, Mühlenstr. 22, Bürgersaal
31. Oktober
28. November

REGION SÜDWEST

Itzehoe, Berufsbildungswerk, Langer Peter 27a
31. Oktober
28. November

REGION KERN

Neumünster, „Kiek In“, Gartenstraße 32
2. November
30. November

REGION NORD

Leck, Nordseeakademie, Flensburger Straße 18
2. November

SEMINARE ERSTES HALBJAHR 2007

NEUMITGLIEDER-SEMINAR

Zielgruppe: Neue Mitglieder in der SPD. Inhalte: Geschichte und Programm, Partei- und Organisationsstruktur, Einstieg in die Kommunalpolitik.
23. bis 25. Februar 2007

KOMMUNALAKADEMIE SCHLESWIG-HOLSTEIN 2007

Zielgruppe: Nachwuchs für die Kommunalpolitik. Inhalte: Handlungsfelder kommunaler Politik, Kommunalverfassung, kommunale Umweltpolitik/Agenda 21, Arbeitsmarktpolitik, Baurecht/Bauleitplanung, Beteiligung, Steuerungsmodelle, Projektentwicklung, Kommunikation.
16. bis 18. Februar 2007
16. bis 18. März 2007
4. bis 6. Mai 2007
1. bis 3. Juni 2007

FIT FÜR DAS EHRENAMT

Seminarangebot in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zielgruppe: Ortsvereinsvorstände. Inhalt: Zielorientierung und rechtliche Grundlagen politischen Managements, Projektmanagement und Präsentation, Zeitmanagement und Gesprächsführung.
9. bis 11. März 2007
20. bis 22. April 2007
22. bis 24. Juni 2007

Information und Anmeldung: Elfriede Marx, SPD-Landesverband, Tel. 0431-9060646, Elfriede.Marx@spd.de

STRATEGIE-DISKUSSION MIT POLITIK-PROFESSOREN

Wie stellt sich die SPD für eine neue Ära politischer Führung im Land auf? Darum geht es auf einem Zukunftskongress, der von vier Kreisverbänden, der Juso-Hochschulgruppe und drei Landes-Arbeitsgemeinschaften der Partei in Kiel durchgeführt wird.

Als Referenten, die Impulse von außen geben, haben die Initiatoren zwei bundesweit herausragende Politikwissenschaftler eingeladen: Prof. Franz Walter, Parteienforscher von der Universität



Professor Franz Walter

Göttingen, und Prof. Werner Jann (Potsdam), ehemals Leiter der „Denkfabrik“ in Björn Engholms Staatskanzlei und heute einer der führenden Köpfe der „Regierungslehre“ in Europa.

„Wenn Verantwortung wechselt, kann das nicht ohne Debatte, quasi im Selbstlauf geschehen. Das geht alle Sozialdemokratinnen und

Sozialdemokraten an“, erläutert Dr. Hans-Peter Bartels. Der Bundestagsabgeordnete aus Kiel gehört zu den Unterzeichnern eines Diskussionspapiers, das Ende August dieses Jahres für einigen Gesprächsstoff in der Partei sorgte.

Die schleswig-holsteinische SPD brauche Erneuerung und eine politische Strategie

für künftige Erfolge, heißt es in dem Thesenpapier. Nach 18 Jahren in der Regierung gebe es Strukturen und Verhaltensweisen, die verändert werden müssten. Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik seien zu sehr voneinander entkoppelt.

„Wenn wir jetzt zu einem Kongress über die Zukunft der SPD Schleswig-Holstein einladen, mischen wir uns ein in unsere eigenen Angelegenheiten. Daraus entstehen Solidarität und neue Kraft“, schreiben die Einlader. ■

SOLIDARITÄT UND NEUE KRAFT

Zukunftskongress für die SPD in Schleswig-Holstein

Kiel, Universität (Alte Mensa)
18. November 2006, 14 – 17 Uhr

Um Anmeldung wird gebeten:
SPD-Regionalbüro K.E.R.N.
Kleiner Kuhberg 28-30
24103 Kiel
Telefax: 0431/90606-11
E-Mail: LarsJuister@gmx.de



Professor Werner Jann

WILLY-BRANDT-FORUM IN LÜBECK

Die Festveranstaltung des Kreisverbands Lübeck war der 140-jährigen Parteigeschichte in der Hansestadt gewidmet.

Am 8. Oktober, dem 14. Todestag Willy Brandts, feierte die Lübecker SPD ihr 12. Willy-Brandt-Forum im Kulturforum des Burgklosters. Auf den Foren erinnert die SPD an die Lübecker Genossinnen und Genossen, die über die Stadt hinaus für die Sozialdemokratie wirkten oder in Lübeck selbst eine besondere Bedeutung hatten.

In diesem Jahr allerdings war die Veranstaltung der Geschichte der Lübecker SPD gewidmet, die der Landesvorsitzende Claus Möller darstellte. Fast genau vor 140 Jahren, am 24. Oktober 1866, wurde in den „Vaterstädtischen Blättern“ erstmalig über die Existenz eines Orts-

vereins des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ in Lübeck berichtet.

Bedeutende Persönlichkeiten

Claus Möller erinnerte daran, dass seitdem Frauen und Männer unserer Partei gegen Elend und Entrechtung gekämpft haben, vielfach mit dem Einsatz ihres Lebens. Er erinnerte an Theodor Schwartz, den Reichstagsabgeordneten für Lübeck, der die ersten Jahre der Lübecker SPD prägte, und an Johann Heinrich Wilhelm Dietz, den späteren Gründer des J. H. W. Dietz-Verlags in Stuttgart und an Gustav Radbruch, der seiner Zeit voraus, eine moderne Justizpolitik verfolgte.

Aus Lübeck stammte der erste frei gewählte Ministerpräsident Schleswig-Holsteins nach 1945, Hermann Lüdemann. Geprägt wurde die Politik der Lübecker SPD durch den Reichstagsabgeordneten Dr. Julius Leber, viele Jahre SPD-Kreisvorsitzender, der in Plötzensee durch die Faschisten ermordet wurde, durch die Kultursenatorin Luise Klinckmann, Bürgermeister Otto Passarge, selbstverständlich Willy Brandt und Björn Engholm, und den angesehenen Lübecker Kreisvorsitzenden Wilhelm Geusendam.

Claus Möller erinnerte launig auch daran, dass der Lübecker Kreisverband 1945 und 1946 erheblichen Wider-

stand gegen die Eingliederung in den Bezirk Schleswig-Holstein leistete.

Ehrung für Hans-Adolf Fretwurst

Die Lübecker SPD nimmt die Willy-Brandt-Foren jährlich zum Anlass, die Genossinnen und Genossen zu ehren, die in dem jeweiligen Jahr der Partei 50 Jahre angehören. In diesem Jahr wurde Hans-Adolf Fretwurst geehrt. Er war aktiv im Kreisverband der Lübecker Kleingärtner tätig und über viele Jahre Mitglied der Bürgerschaft. Im Hauptberuf war Hans-Adolf Fretwurst Rechtssekretär bei der Gewerkschaft Nahrung, Genuss und Gaststätten. ■

DIE GESELLSCHAFT ZUSAMMEN HALTEN!

Jetzt kommt die Debatte um ein neues Grundsatzprogramm der SPD richtig in Fahrt und zwar an der richtigen Stelle. Es geht um das Zentrum sozialdemokratischer Politik und Programmatik.

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat eine alarmierende gesellschaftspolitische Realität zu Tage gefördert: 63 Prozent unserer Mitmenschen machen gesellschaftliche Veränderungen Angst, 44 Prozent fühlen sich vom Staat allein gelassen, 49 Prozent fürchten ihren Lebensstandard nicht halten zu können.

Die Arbeitnehmermitte fühlt sich bedroht, hat trotz Job große Zukunftsängste. Im unteren Drittel der Gesellschaft wächst die Armut. Langzeitarbeitslosigkeit, mangelnde Teilhabe an Bildung, Gesundheit und Kultur nähren das Gefühl der Resignation.

Die Hartz-IV-Gesetzgebung war sicherlich problematisch, aber sie ist nicht allein die Ursache der wachsenden sozialen Gräben in unserer Gesellschaft. Die sozialen Gräben wer-

den durch eine immer brutaler und gefährlicher werdende Geschäftspolitik vieler großer Unternehmen verursacht, die extreme Renditeziele und astronomische Vorstandsgehälter durch massiven Arbeitsplatzabbau realisieren. Lehrbuchbeispiele dieser Tage: Siemens und Airbus. Auf dem anderen Ende finden sich viele kleine Firmen, deren Löhne nichts anderes sind als Ausbeutung.

Die Staatsverschuldung schwächt die Möglichkeiten des Staates, solche wirtschaftlichen Entwicklungen zu begrenzen.

Die Sozialdemokratie ist also im Kern herausgefordert. Unser Kernauftrag ist es, die Gesellschaft sozial zusammen zu halten: die Kluft zwischen Arm und Reich auszugleichen, die Menschen aus der Resignation zu holen und vor allem für die jungen Menschen neue, bessere Startchancen zu organisieren.

Wir in Schleswig-Holstein sind stolz darauf, dass im neuen schleswig-holsteinischen Schulgesetz die Gemeinschaftsschule verankert

wird. Wir sind in Deutschland das erste Bundesland, das die Gemeinschaftsschule einführt. Längeres gemeinsames Lernen der Kinder bis zur neunten Klasse statt einer rigorosen sozialen Aussortierung der Kinder. Dies ist ein bildungspolitischer Meilenstein und wir folgen damit dem Vorbild der skandinavischen Länder, die bei PISA Spitzenplätze belegen.

Vorreiter der Bildungspolitik

Damit sind wir bundesweit Vorreiter einer neuen Schulpolitik. Der Erfolg hängt nun davon ab, dass wir uns in den Kommunen dafür stark machen und uns durchsetzen.

Bundespolitisch muss jetzt die Einführung von Mindestlöhnen kommen. Das wäre ein weiterer Meilenstein. Ziel ist es, in allen Branchen durch Tarifverträge Existenzsichernde Löhne und Gehälter zu vereinbaren. Wenn dies nicht gelingt, brauchen wir gesetzliche Mindestlöhne.

Die schleswig-holsteinische SPD wird im Rahmen der Programmdiskussion die Frage der Handlungs-

fähigkeit des Staates und die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen in den Mittelpunkt stellen. Der Rückzug des Staates durch Privatisierung öffentlicher Auf-

gaben muss dort gestoppt werden, wo Politik und Staat die Fähigkeit verlieren, Entwicklungen entgegenzuwirken, die Demokratie und soziale Balance der Gesellschaft gefährden.

Die Programmdebatte ist notwendig, um unsere Politik wieder auf ihren eigentlichen Kern zu konzentrieren: mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Und das bedeutet, dass die anstehende Reform der Unternehmensbesteuerung und der Erbschaftssteuer dem Grundsatz folgt: Die starken Schultern müssen mehr tragen als die schwächeren.

Claus Möller, Landesvorsitzender



AUSSERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG

10. November 2006, 18 Uhr
Neumünster, Stadthalle

LANDESPARTEITAG ENTSCHEIDET ÜBER GEBIETSREFORM

In die Reform des Landes kommt neuer Schwung. Der Koalitionsausschuss hat im September beschlossen, eine umfassende Funktional- und Kreisgebietsreform anzugehen (wir berichteten).

Der neue Kompromiss entspricht weitgehend dem Konzept, dass 2005 mit Grünen und SSW im Koalitions- und Tolerierungsvertrag formuliert wurde. Es geht deutlich über die Regelungen hinaus, die im Koalitionsvertrag mit der CDU vereinbart wurden. Daher werden beide Regierungspartner im November Sonderparteitage durchführen, um die Zustimmung zur Änderung des Vertrages einzuziehen.

Durch die Neuordnung soll die Verwaltung effektiver arbeiten können. Die Aufga-

ben werden zwischen Land und Kommunen neu verteilt.

Der Zeitplan der Reform

Im Leitantrag des Landesvorstands wird auch der Zeitplan beschrieben. Bis Ostern 2009 werden im Landtag die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen. Bis Mai 2010 werden die Gebiete der Kreise und kreisfreien Städte neu geordnet. Die Gemeinde- und Kreiswahlen finden regulär im Mai 2008 und im Mai 2013 statt. Die Vertretungen der Kreisebene werden in den neuen Strukturen außer der Reihe im Mai 2010, zusammen mit der Landtagswahl, neu gewählt.

Der Leitantrag kann auf der Homepage des Landesverbands heruntergeladen werden: www.spd-sh.de ■

VOM FAHRRADCLUB ZUM ORTSVEREIN

100 Jahre Sozialdemokratie in Moorrege und Heist.

Der „Radfahrverein Uetersen von 1898“ und der „Radfahrerklub Mars von 1903“ waren die Geburtshelfer des Ortsvereins Moorrege-Heist. Mitglieder der beiden SPD-nahen Sportvereine fanden sich 1906 zusammen, um eine neue Parteigliederung im Kreis Pinneberg zu gründen.

Die heutigen Ortsvereine Heist und Moorrege beginnen am 19. September das Jubiläum mit einer Festveranstaltung. In Referaten wurde die Geschichte der Sozialdemokratie am Geestrand vom

Kaiserreich bis heute nachgezeichnet. Als Vertreter der Landespolitik war der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay, angereist. „Die SPD ist die Geschichte ganz unterschiedlicher Menschen, die doch immer für ein gemeinsames Ziel gewirkt und dafür vieles, manchmal sogar Unmögliches auf sich genommen haben“, sagte er. Sozialdemokraten müssen sich der Wirklichkeit stellen, auf Menschen zugehen und die Bodenhaftung behalten, gab er den Jubilaren mit auf den Weg. ■

»AKADEMIKER« DER KOMMUNALPOLITIK

Wer sagt, dass es keine Nachwuchskräfte in der SPD mehr gibt, kennt die Kommunalakademie Schleswig-Holstein noch nicht. Bereits zum sechsten Mal haben sich Nachwuchspolitikerinnen und -politiker an vier Wochenenden über die Arbeit in Kommunalvertretungen informiert.

Neben sachlichen Informationen – beispielsweise



Kommunalakademie: Mit praktischen Übungen auf künftige Aufgaben vorbereiten.

wie ein Haushalt aufgebaut ist oder was Bauleitplanung bedeutet, wie eine Verwaltung arbeitet und was man als Kommunalpolitiker wissen muss – stehen dabei auch effiziente Arbeitsmethoden und die praktische Fraktionsarbeit auf dem Seminarplan.

Dabei kommt auch der Spaß an der Sache nicht zu kurz: Spielerisch lernen und praktische Einübung trockener theoretischer Inhalte sind die Grundsätze, nach denen die künftigen Kommunalpolitikerinnen und -politiker auf ihre Aufgaben vorbereitet werden.

Die nächste Akademie beginnt im Februar 2007. Wer selbst Interesse hat oder jemanden kennt, der/die für die nächste Kommunalwahl 2008 für eine Kandidatur in Frage käme, sollte sich mit Elfriede Marx im Landesverband (Tel. 04 31/9 06 06-46, elfriede.marx@spd.de) in Verbindung setzen. ■

AKTIVPOSTEN FÜR DIE PARTEI

Die ältere Generation ist ein Aktivposten der Gesellschaft. Gertrud Ehrenreich – neugewählte Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft SPD-60-plus – möchte mit ihrem Gremium politische Positionen besetzen.

Ein Viertel der Bevölkerung ist über 60 Jahre alt, in der Partei stellt die Altersgruppe fast die Hälfte der Mitglieder. „60-plus möchte für diese Mitglieder, aber auch für Sympathisanten der Partei, eine Plattform sein, um am politischen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen“, beschreibt die Landesvorsitzende ihr Programm.

Sie fordert einen anderen Umgang mit den verschiedenen Lebensabschnitten und auch eine Sterbekultur, die in der Gesellschaft verankert ist.

„Wir wollen Menschen ein möglichst langes und selbstbestimmtes Leben ermöglichen“, formuliert Gertrud Ehrenreich als politisches Ziel der Seniorenpolitik.

In einem Antrag an den Landesparteitag fordern die Senioren Verbesserungen des gesellschaftlichen Umfelds für ältere Menschen in Schleswig-Holstein. Die Älteren sollen Wissen und Erfahrungen in gesellschaftspolitische Entscheidungen einbringen. Ihre Bedürfnisse sollen in der medizinischen Versorgung, aber auch bei Freizeitangeboten, Kultur, Bildung oder Produktgestaltung stärker berücksichtigt werden. Bei Wohnungsbau, Nahverkehr und Infrastruktur sind vor allem die Kommunen gefordert. ■

TERMINE

1. NOVEMBER, 16 UHR
Forum Jugendkriminalität und Justiz. Mit Justizminister Uwe Döring, Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB. Elmshorn, Haus der Begegnung.

2. NOVEMBER, 19.30 UHR
SPD-Bundestagsfraktion vor Ort zum Thema „Migration“ mit Hans-Peter Bartels, Michael Bürsch, Cebele Kücükkaraca. Kiel, Legienhof.

4. NOVEMBER, 10 – 14 UHR
AfA-Regionalkonferenz Nord: Wie viel Soziales ist noch in der Sozialpolitik? Mit Innenminister Dr. Ralf Stegner, SPD-Landesvorsitzender Claus Möller, Franz Thönnies, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Bad Oldesloe, Stormarner Kreistag, Mommsenstraße 13.

6. NOVEMBER
Kreisparteitag Herzogtum Lauenburg. Mit Lothar Hay, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Breitenfelde, Siemers Gasthof.

10. NOVEMBER
Landesparteitag. Neumünster, Stadthalle.

25. NOVEMBER, 18 UHR
Außerordentlicher Kreisparteitag Stormarn.

26. NOVEMBER, 11 UHR
Verleihung des Walter-Damm-Preises des SPD-Kreisverbands Pinneberg. Appen, Bürgerhaus.

29. NOVEMBER, 18.30 UHR
Podiumsdiskussion der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (ASJ) zum Thema: „Hartz IV im Lichte des Grundgesetzes“. Mit Dr. Felix Welti (Institut für Sozialrecht der Christian-Albrechts-Universität), Birgit Wille-Handels (Bürgerbeauftragte für Sozialangelegenheiten) und Heiko Siebel-Huffmann (Richter am Sozialgericht in Schleswig). Kiel, Legienhof.

1. DEZEMBER, 10 UHR
„Meer Jobs!“ Maritime Beschäftigungs- und Ausbildungskonferenz. Mit Willi Piecyk, MdEP. Kiel, Hotel Maritim.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel.
Redaktion: Dietrich Drescher, Christian Kröning (verantwortlich)
www.spd-sh.de